8 Jahre Zuchthaus für Zeutschel!

Die Schuldfrage am Mord verneint. — Trotzdem Infamierung der KPD.

Ungeheuerliche Zuchthausstrafen für Winkel, Warnke und Schmidt

Leipzig, den 26. Juni 1925.

Im Mecklenburger Spiegelprozeß wurde heute durch den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes das Urteil verkündet. Folgende Strafen wurden ausgesprochen:

Zeutschel unter Annahme eines besonders schweren Falles wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republik-Schutzgesetz und Sprengstoffgesetz 8 Jahre Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft.

Winkel wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republik-Schutzgesetz und Beihilfe zum Mord 5 Jahre Zuchthaus und 500 Mk. Geldstrafe, Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft.

Abgeordneter Warnke unter Annahme eines besonders schweren Falles wegen Vorbereitung des Hochverrats, Vergehens gegen das Republik-Schutzgesetz und Sprengstoffgesetz 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft.

Abgeordneter Schmidt wegen Vergehens gegen das Republik-Schutzgesetz 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft.

Die infame Urteilsbegründung.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Die KPD. habe seit März 1923 den bewaffneten Aufstand vorbereitet, um eine [illegible] mit anderen Mitteln zu erreichen. Der Gerichtshof habe es

als wahr unterstellt, daß die Angeklagten sich auch zur Abwehr gegen von rechts drohende Bedrohungen vorbereitet hatten.

Aber trotzdem bleibe bei der KPD. [illegible] nach wie vor [illegible] durchführen müssen. In Mecklenburg sei der [illegible] Partei [illegible] gewesen. In seiner Tätigkeit habe Winkel teilgenommen. Warnke habe [illegible] gezeichnet. Der Abgeordnete Schmidt habe sich um die Ausbildung der Kampftruppen gekümmert und an Versammlungen teilgenommen, die der Vorbereitung des Hochverrats galten. Zeutschel ist an dem [illegible] Sprengstoffanschlag beteiligt. Die Vorgänge dort hätten sich so abgespielt, wie es vom Berliner Staatsgerichtshof festgestellt worden sei. Völlig

belanglos sei es, ob Jungmann im Dienste der Polizei gestanden hätte oder nicht.

In dem Mord an Jonas führt Herr Hertner aus: Mit Bestimmtheit könnte gesagt werden, daß der Mörder derjenige war, der sich dem Jonas als Holzhändler vorgestellt habe und mit ihm in den Wald fuhr. Es sei derselbe gewesen, der mit Winkel vorher per Rad gefahren wurde. Am 14. April, abends 7 Uhr, wurde Jonas im Walde ermordet. Es handele sich um einen politischen Mord, der aus kommunistischen [illegible] verübt worden war.

Der KPD. fällt der Mord zur Last.

Das habe die Verhandlung [illegible] ergeben. Obwohl Frau Jahnel und Frau Jonas, die Eheleute Gerber und ein belastender Zeuge Winkel und Zeutschel erkannt hätten, und der Widerlegung nicht geglückt sei, habe das Gericht **nicht außer allem Zweifel gezeigt**, daß Zeutschel der Täter sei. **Das Gericht ist deswegen zu einem „Schuld des Mordes" nicht gekommen.**

Bisher hat der „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" ein ungeheuerliches, grausames Terror-Urteil gefällt. Acht Jahre Zuchthaus für Zeutschel, dessen Unschuld am Mord selbst dieser Staatsgerichtshof nicht bezweifeln konnte, lediglich aber beweisen mußte, [illegible] den [illegible] Tod für diesen unglücklichen Proleten. Wenn nicht das Verbrechen [illegible]. Schrecklich grausam sind die Urteile über Winkel, Warnke und Schmidt, denen das Gericht nicht die geringste Beteiligung am Mord nachweisen konnte, die mit diesem Mord nichts zu tun haben. Die unerhört hohen Zuchthausurteile mußten mit den tollsten „Annahmen" und Kombinationen begründet werden. Erwähnenswert ist die letzte Beschimpfung des Genossen Harra-Edelmann, der bei der Verhaftung ohne Grund [illegible] wurde und sich gegen die infamen Verleumdungen nicht mehr wehren kann.

Die Urteilsbegründung ist nicht nur der Gipfel der Niedertracht, sondern auch rechtlich ein Unding. Der ganze Prozeß um das Opfer der politischen Kamarilla, Jonas, wurde nur geführt, um die [illegible] von diesem Mord [illegible] und damit die Kommunistische Partei als „Mörderpartei" zu verleumden. Nun mußte das [illegible] den Sachverhalt der Schuld des Angeklagten Zeutschel an diesem Morde verneinen. Das Gericht kennt den Mörder nicht. Trotzdem wird von diesem Gericht erklärt, daß der KPD. der Mord zur Last falle, trotzdem werden völlig unschuldige kommunistische Arbeiter wegen „Beihilfe zum Mord" verurteilt. **Der Staatsgerichtshof hat einfach versucht, nach Zusammenbruch des Anklagegebäudes seinen politischen Zweck doch zu erreichen.** Ein juristisch wie politisch unhaltbares Verfahren, das zum schändlichen Fiasko verurteilt ist.

Für die gesamte Arbeiterschaft ist diese Urteilsbegründung aber ein neuer Alarmruf. Sie sieht, wie die Justizmaschine dieser Republik krampfhaft versucht, infamierendes Material der Kommunistischen Partei zur Last zu legen, damit die einzige revolutionäre Partei des Proletariats erneut unterdrückt und verfolgt werden kann. Aber wir rufen den herrschenden Klasse zu:

Noch mehr solcher Prozesse, und der proletarische rote Wall um die KPD. wird sich nur fester schließen!

Die Arbeiterschaft durchschaut den Zweck dieser Mordprozesse. Sie hebt andererseits die wirklichen [illegible] von dieser Justiz [illegible] und ihrer Parteien befangen. **Die Arbeiterklasse wird nicht ruhen und rasten, bis die Opfer dieser Schandjustiz befreit sind, das Proletariat wird die politischen Absichten dieser Justiz zu durchkreuzen wissen.**

Gegen die Blutjustiz

Berlin, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Für gestern abend war eine Massenkundgebung von der KPD. nach dem Wintersportplatz gegen die bulgarischen Hinrichtungen und gegen die Leipziger Blutjustiz einberufen. Als Redner sprachen die Gen. [illegible] und Müller aus [illegible]. Resolutionen zum Protest gegen die bulgarische und deutsche Henkerjustiz und Forderung der Vollamnestie wurden angenommen. Der Abmarsch, ebenso wie der Anmarsch erfolgte in geschlossenen Zügen, die durch den Kurfürstendamm in der Richtung nach der bulgarischen Gesandtschaft marschierten. Der sozialdemokratische Polizeipräsident hatte durch ein starkes Polizeiaufgebot die bulgarische Gesandtschaft und die Straßen davor abgesperrt. Die Polizei überfiel nachträglich noch einen Demonstrationszug und nahm Verhaftungen vor.

Die Verschacherung Preußens an die Monarchisten

Ein Gegenstoß der Kommunisten.

Berlin. Die kommunistische Fraktion im preußischen Landtag führt gestern mit einem Stoß zwischen die geheimen Kulissenverhandlungen um die Bildung der großen oder größten Koalition. Genosse Pieck begründete einen Antrag, worin dieser Kuhhandel hinter verschlossenen Türen als ein Schachergeschäft der verschiedenen kapitalistischen Interessentengruppen gebrandmarkt und von der Regierung und den Regierungsparteien ein unzweideutiges Bekenntnis zu den in der kommunistischen Landtagserklärung vom 29. April erhobenen Mindestforderungen zur Abwehr der monarchistischen Kräfte gefordert wird. Der Widerspruch eines Zentrumsmannes verhinderte die sofortige Beratung dieses Antrages und damit die volle Aufdeckung der geheimen Koalitionsverhandlungen. Die Verschacherung Preußens an die Monarchisten durch die sogenannten republikanischen Parteien soll ungestört weitergehen.

Kämpft gegen den ungeheuren Zollwucher!

Jedes Jahr wirfst du pro Kopf deiner Familie den Junkern von deinem Verbrauch an Lebensmitteln folgende Beträge in den Schoß:

Für Roggen	4,50	Mark,
„ Weizen	5,45	„
„ Kartoffeln	3,50	„
„ Fleisch	22,25	„
insgesamt also	35,70	Mark,

wenn man den Vorkriegsverbrauch in Betracht zieht. **Mit anderen Worten, wird dir pro Kopf deiner Familie mehr als ein Wochenlohn im Jahre abgezogen.** Du sollst eine Woche im **Jahr umsonst** für die Großagrarier mehr als schon so arbeiten. **Das ist der** Sinn der neuen Zollvorlage. Das bedeutet eine **große** Lohnkürzung für dich, das bedeutet, daß dein Verbrauch **weiter** gesenkt wird.

Arbeiter, dagegen mußt **du dich** wehren!

Die „Bergische Arbeiterstimme" 35 Jahre alt

Am 30. Juni schließt die „Bergische Arbeiterstimme", unser kommunistisches Bruderorgan in Solingen, das 35. Jahr ihres Bestehens ab. Sie ist eine der wenigen deutschen Arbeiterzeitungen, welche den Verrätereien der Sozialdemokraten nicht zum Opfer gefallen sind. Die Solinger Arbeiterschaft, die immer in ihrer Mehrheit auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung gekämpft hat, wird das 35jährige Jubiläum ihrer Zeitung mit einem Massenaufmarsch am Sonnabend, den 27. Juni, begehen und damit eine 14tägige großzügige Werbekampagne für Zeitung und Partei einleiten.

Der internationale Kampf der Kommunisten

Während die Sozialdemokraten in Frankreich den Feldzug der französischen Imperialisten in Marokko unterstützen, führt die Kommunistische Partei Frankreichs einen praktischen Kampf gegen den Krieg. Von der Arbeit der Kommunisten in Frankreich und ihrer wirklichen internationalen Solidarität mit den Revolutionären berichtet die „Germania", indem sie zuerst den Kommunisten Doriot, auf den der Oberst Picot in der Kammer einen Angriff unternahm, folgendermaßen charakterisiert:

„Der Kommunist Doriot ist ein Hüne an Gestalt und ein Meister beherrschter Rede — der kleine Oberst Picot hat einen roten Kopf und wollte durch Heftigkeit ersetzen, was ihm an Geist und Kraft gebrach.

Der Kommunismus, der so nahe, so drohend sein Haupt erhebt, bildet heute für Frankreich eine Gefahr, die in ihrer Bedeutung vom ganzen Volk und von seinen Vertretern gefühlt und gewertet wird. Daß die Kommunisten so unverhüllt Partei für Abd el Krim gegen ihre eigene, gegen die französische Regierung nehmen, vertieft den Gegensatz, der zwischen ihnen und allen übrigen Parteien besteht. **Zur Weltanschauung des Bolschewismus führt keine Brücke.**

Die kommunistische **Propaganda** macht sich täglich bemerkbarer, **und es kann nicht bestritten werden, daß der französischen Kriegführung durch sie ernste Hindernisse in den Weg gelegt werden. Die Propaganda, die kommunistische Abgeordnete durch ihre Reden von der Kammertribüne aus treiben, kühlt vielen die Kriegsbegeisterung, und täglich kommen neue Nachrichten über intensivste „Aufklärungsarbeit" unter den für Marokko bestimmten Soldaten.** Kommunistische Bücher, Broschüren und Bilder, sowie Zeitungen zirkulieren unter ihnen. **In den Hafen-** [illegible] Kriegsmaterial gekommen sein. Dennoch habe [illegible] Lage."

Die „Germania" ist das Zentralorgan der Zentrumspartei. Diesem Blatt der allerchristlichsten Friedenspartei gefällt natürlich der Kampf der Kommunisten gegen den Krieg nicht. Die Arbeiter aber sehen wieder, was internationale Solidarität vermag. Darum kämpft mit den Kommunisten gegen den Krieg und die Kriegsgefahr.

Die Mehrheit des Sächsischen Landtags gegen die Behandlung des Zollantrages der Kommunisten

Wie wir unseren Lesern mitteilten, hatte die Landtagsfraktion der KPD. im Landtag einen Antrag gestellt, die Zurücknahme der Zollvorlage zu fordern. Um eine beschleunigte, nach Lage der Dinge gebotene Erledigung herbeizuführen, hatte die Fraktion an das Landtagspräsidium einen Brief geschrieben, diesen Antrag auf die Tagesordnung der Donnerstagsitzung zu setzen. Das Präsidium, in dem die Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit haben, lehnte die sofortige Behandlung des Antrages ab.

Nachdem schon so im Präsidium die Sozialdemokraten gezwungen waren, ihre wirkliche Stellung zur Zollvorlage zu enthüllen, forderten die Kommunisten auch im Plenum die Behandlung des Antrages. Auch hier lehnten die Sozialdemokraten, in treuer Gemeinschaft mit den Bürgerlichen, die Behandlung des Antrages ab. Die SPD., die in ihren Zeitungen lange Artikel gegen den Zollwucher schreibt, die im Reichstag lange Reden halten, wollten nicht, daß durch eine Stellungnahme der sächsischen Regierung die Durchpeitschung der Zollvorlage gestört werde. Die SPD. zeigte sich auch hier als der getreueste Diener und Helfer der Bourgeoisie, der Krautjunker und Schlotbarone.

Das gesamte Bestreben der SPD. geht nicht dahin, den Arbeitern und Angestellten, den Beamten zu helfen, sondern durch eine Oppositionsmimerei die Arbeiter irrezuführen und die Beteiligung an der Reichsregierung zu erreichen. Für eine Beteiligung an der Regierung hat sie gewollt, die Zollvorlage selbst durchzuführen, wie sie in den Ländern, wo sie noch in der Regierung sitzen, für die Zölle eintreten. Alles, was die SPD. durchführt, ist Schacherpolitik. Das Objekt ist Regierungssitze und das Proletariat.

Die Arbeiter werden aus der Haltung der SPD. zu dem Antrag der Kommunisten ersehen, daß sie in dieser Partei nichts zu suchen haben. **Die einzige Partei der Arbeiter ist die Kommunistische Partei.**

KPD. und Aufwertung

Halle, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gestern abend fand im Wintergarten eine Versammlung der Inflationsgeschädigten statt. Genosse Koritz referierte. Die Anwesenden waren bis auf Deutschnationale, Hindenburgwähler und Aufwertungsgläubiger. Die Ausführungen des Genossen Koritz wurden immer wieder durch zustimmende Rufe und Beifall unterbrochen. In der Diskussion mußte der Führer der Aufwertungspartei, ein Rechtsanwalt, Genossen Koritz in vielen Punkten recht geben. Der Erfolg der Versammlung war für die KPD. ein sehr großer.

20 Millionen Mark Staatsgelder für Stinnes

Neue Barmatmethoden.

Berlin, 26. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) **Wie jetzt bekannt wird, beteiligt sich auch die Preußische Staatsbank mit 20 Millionen Mark Kredit an der Stützung des Stinnes-Konzerns. Die 20 Millionen Mark werden dem Stinnes-Konzern zu niedrigen Zinsen gegen Pfand zur Verfügung gestellt. Diese Gelder stammen aus den Ueberschüssen der Post und aus dem Teil der Massensteuern, der vom Reich an die preußische Staatskasse überwiesen ist.**

Chamberlain zum Sicherheitspakt

Im englischen Unterhaus hielt Chamberlain eine Rede, in der besonders bemerkenswert ist, daß er ausdrücklich betonte, Deutschland müsse unter allen Umständen in den Völkerbund eintreten. Seine gesamten Darlegungen waren äußerst vorsichtig und diplomatisch gehalten und erschöpften sich in allgemeinen Friedensphrasen. Bemerkenswert ist, daß Chamberlain, um die Gemüter der Opposition zu beruhigen, wohl das Durchmarschrecht eines einzelnen Staates bestritt, sofort aber erklärte, daß sich die Frage des Durchmarschrechtes doch wiederum ergebe, wenn der Völkerbund alle Mittel zur Versöhnung umsonst versucht und alle Mitglieder aufgefordert habe, dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Der langen Rede kurzer Sinn: die Imperialisten streiten sich noch darum, daß das Durchmarschrecht durch Deutschland nicht einem von ihnen besondere Vorteile zuwendet, sind aber ohne weiteres bereit, alle zusammen durch Deutschland gegen Sowjetrußland zu marschieren.

Ein Prozeß gegen faschistische Mordbuben in Moskau

In Moskau hat der Prozeß gegen die drei deutschen Faschisten Kindermann, Wolscht und Dittmar begonnen. Die drei waren mit der Absicht der Ermordung von Stalin und Trotzki nach Moskau gefahren. Dort hatten sie Verbindung mit Angestellten der deutschen Botschaft aufgenommen, die ihnen bei der Durchführung ihrer Pläne Hilfe leistete. Dittmar und Kindermann haben ein Geständnis abgelegt. Wir werden über den Prozeß einen besonderen Bericht geben.

Deutsche Verteidiger bei den Kommunistenprozessen in Sofia

Durch die Presse ging vor kurzem eine vom WTB. verbreitete Meldung, wonach die Rechtsanwälte Dr. Kurt Rosenfeld und Dr. A. Brandt bei den am 15. Juni begonnenen großen Kommunistenprozessen in Sofia als Verteidiger mitwirkten. Diese Meldung entsprach in keiner Weise den Tatsachen. Wohl haben die beiden Verteidiger im Auftrage der Roten Hilfe den Antrag auf Zulassung als Verteidiger gestellt. Beiden Verteidigern ist jetzt von der Staatsanwaltschaft in Sofia telegraphisch die Mitteilung geworden, daß sie zu dem Prozeß als Verteidiger zugelassen würden, wenn sie den Nachweis brächten, daß sie von der bulgarischen Regierung die Berechtigung haben, als Verteidiger an bulgarischen Gerichten tätig zu sein. Beide Verteidiger haben nunmehr bei der bulgarischen Regierung einen dahingehenden Antrag gestellt. Es bleibt abzuwarten, ob die bulgarische Regierung diesem Antrage entspricht, oder ob die bedingte Zusage der Staatsanwaltschaft in Sofia nur ein mit der Regierung vereinbartes Spiel ist, um schließlich doch zu verhindern, daß deutsche Anwälte vor dem Blutgericht in Sofia als Verteidiger der angeklagten Kommunisten auftreten.

Regierungskrise in Athen

Wie aus Athen gemeldet wird, haben aufständische Offiziere die Regierung zum Rücktritt gezwungen. Eine neuerliche Meldung besagt, der Führer der Partei der Republikanischen Union Papanastasiu habe die Kabinettsbildung übernommen.

SLUB
Wir führen Wissen.